

# Zur Perspektive der Lohnangleichung Ost/West

Karl Mai - Halle, den 20.4.99

Das *DIW* trat jetzt mit einer Studie zu den Arbeitseinkommen Ost hervor, die in der Aussage gipfelte, "daß eine völlige Angleichung der ostdeutschen Arbeitnehmerinkommen an das westdeutsche Niveau in weiterer Ferne liegt." (DIW-Wochenbericht 15-16/99, S.278)

Diese Aussage stützt sich aber *nicht* auf eine Analyse der ostdeutschen Produktivitätsentwicklung und deren Perspektiven mit Schwerpunkt in den Zweigen des Produzierenden Gewerbes.

## 1. Zu Gesamt-Produktivitätsunterschieden Ost/West

Vergleicht man die Ost-/West-Kennzahlen für das "Reale Bruttoinlandprodukt je Einwohner in TDM", so fällt vorallem auf, daß sich der Abstand seit 1994 kaum verringert hat. Er beträgt immer noch unverändert knapp 24.000 DM/Kopf. (BMW, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Nov. 1998, S. 7)

Von einem schrittweisen *Aufholprozeß* der volkswirtschaftlichen realen Gesamtleistung je Einwohner könnte somit seit 1994, dem Ende der Treuhand-Ära, gar keine Rede sein.

Der relative Anteil der Bruttowertschöpfung der wichtigsten Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Ost (zu laufenden Preisen) veränderte sich zuletzt wie folgt:

	1994	1997
Produzierendes Gewerbe	34,65%	34,02%
Handel und Verkehr	13,48%	12,47%
Dienstleistungen	27,85%	30,73%
Staat und Sonstige	21,02%	19,54%

(BMW, a.a.O., S. 3)

Das Produzierende Gewerbe konnte seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt seit 1994 nicht mehr erhöhen. Die Hälfte der Bruttowertschöpfung Ost entfällt 1997 auf die Dienstleistungen (einschl. Wohnungsvermietung), den Staat und die Sonstigen (Nichtgewerbliche Einrichtungen, private Haushalte).

Von einer erkennbar *aufholenden* Reindustrialisierung Ost, die sich in einem zunehmenden Wertschöpfungsanteil zeigt, könnte also seit 1994 ebenso keine Rede sein.

Der erhebliche Anteil der Bruttowertschöpfung des *Staates* hängt statistisch damit zusammen, daß hier die nominellen Einkommen des Personals, obgleich aus Steuern finanziert, als *neue* Wertschöpfung gerechnet werden. Je höher die bürokratischen Personalkosten, um so höher also die hier ausgewiesene Wertschöpfung - bundesdeutsche Statistik.

Demgemäß erscheint die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in den Bereichen Staat, im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe, auch mit 81,4 % schon deutlich näher am 100%-Westniveau. Daraus folgt übrigens, daß der Wertschöpfungsbetrag des westdeutschen Staates auch allein deswegen den ostdeutschen relativ hoch übersteigen muß, weil sich die Lohn-/Gehaltseinkommen des Staatspersonals noch um bis zu ca. 20 % unterscheiden. Auch dadurch wird das Gesamtergebnis Ost/West in der Wertschöpfung verzerrt, bezogen auf die Wirtschaft

insgesamt, wenn man die Unterschiede in der gesamtwirtschaftlichen Ost-/West-Struktur der Wertschöpfung nicht wertet.

Der Anteil der *Dienstleistungen* ist besonders durch den darin auch enthaltenen Teil aus der Gebäude- und Wohnungsvermietung beeinflusst, weil hier die Mieteinnahmen als *neue* Wertschöpfung gerechnet werden, obwohl sie aus den privaten Netto-Einkommen der Haushalte bzw. aus den Kosten der Unternehmen finanziert werden. Gliedert man diese aus, so verringert sich der Ost-/West-Unterschied bei Dienstleistungen von ca. 50 % auf ca. 38 % bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem in diesem Sektor.<sup>1</sup> /1/

Hierdurch wird das Gesamtergebnis Ost/West ebenfalls (durch die Preisabweichungen für Mieten) letztlich verzerrt.

Ergänzend sei noch erwähnt, daß die ostdeutsche Produktivität im Teilbereich *Verkehr und Nachrichten* seit 1993 nicht mehr exakt gemäß ihrer tatsächlichen Dynamik ausgewiesen wird, weil sie nicht aktuell regional abgrenzbar ist.<sup>2</sup> Dadurch wird ein hier erzielter echter Produktivitätsanstieg seit 1994 nicht mehr sichtbar, obwohl ein starker Personalabbau Ost stattgefunden hat.

Dieser Mangel muß sich gleichfalls in einer konstanten Verschlechterung im Gesamtvergleich Ost/West ausdrücken.

Der Produktivitätsstand im *Produzierenden Gewerbe* Ost lag 1995 bei 62,5 % des Westniveaus. Im gleichen Jahr erreichte der Ausrüstungsbestand je Erwerbstätigen Ost hier bereits 67,1 % des westdeutschen. Im selben Jahr lag das Verarbeitende Gewerbe Ost beim Vergleichsstand von 55,8 % bei der Produktivität und von 89,7 % beim Ausrüstungsbestand. In diesen Angaben sind aber noch vor 1991 vorhandene ältere Anlagebestände einbezogen. 1997 waren nur 44 % aller Industrieunternehmen in der Gewinnzone. (IWH-Sonderheft 2/1998, S. 45, S. 62)

Aber es existiert eine IWH-Aussage, daß (auf ostdeutscher Preisbasis) die Arbeitsproduktivität auf den seit 1991 neu errichteten Anlagen den westdeutschen Stand schon 1995 zu 92 % erreichen konnte. Jedoch waren 1995 77 % aller Arbeitsplätze noch mit Anlagen vor 1991 in Funktion, deren Produktivität nur 42 % der westdeutschen erreichte. (IWH, "Wirtschaft im Wandel", Nr. 1/98, S. 4+5)

Eine besondere Rolle beim *hartnäckigen Fortschreiben* von statistischen Produktivitätsunterschieden kommt dem unterschiedlichen Erzeugerpreisniveau Ost/West zu. Es liegen u.a. IWH-Forschungsergebnisse vor, die den Einfluß der deutlich niedrigeren ostdeutschen Erzeugerpreise abgrenzen. Danach betrug dieser Einfluß für 1995 im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) insgesamt 11,5 %-Punkte des statistischen Produktivitätsunterschieds. In den Zweigen Bergbau und Energie entfielen 17,0 %, im Verarbeitenden Gewerbe 25,2 % und im Baugewerbe 10,3 % des Ost-/West-Unterschiedes auf das niedrigere Preisniveau Ost. (IWH, Sonderheft 2/98, S. 47)

*Das vorstehende Ergebnis zeigt, "daß eine undifferenzierte Produktivitätsdebatte der Situation in Ostdeutschland nicht angemessen ist." (IWH, Sonderheft 2/98, S. 63)*

<sup>1</sup> vgl. hierzu auch: Eduard Pestel Institut Hannover, Studie zur Produktivitätslücke Ost, März 1999

<sup>2</sup> ebd.

Betrachtet man das Produzierende Gewerbe gesondert, so sind hier die Lohnkosten pro Kopf mit 68,1 % kaum höher als die Produktion pro Kopf mit 66,0 % im korrekten Ost-/West-Vergleich. Die Lohn-Produktivitäts-Lücke war 1997 hier schon auf eine sehr geringe Differenz von 2,1 %-Punkten zusammengeschmolzen. (BMW, a.a.O., S. 10)

## 2. Zu Lohn(kosten-)Unterschieden

Nach offiziellen Angaben betragen 1997 die Unterschiede in den monatlichen Durchschnittslöhnen Ost/West noch brutto ca. 1000 DM und netto ca. 400 DM.

Im Produzierenden Gewerbe lagen die Lohnkosten je Beschäftigten bei 68,1 %, darunter im Verarbeitenden Gewerbe bei 69,3 % und im Baugewerbe bei 78,4 %, sowie in der Gesamtwirtschaft bei 74,4 % des Weststandes. (BMW, a.a.O., S. 9, 10)

Vergleicht man jedoch die Ergebnisse der letzten *amtlichen Kostenstrukturerhebung* von 1996 im Verarbeitenden Gewerbe, dann betragen die "Personalkosten"-Anteile in Ostdeutschland nur 22,7 %, dagegen in Westdeutschland sogar 24,4 %. Diese verblüffende Differenz von 1,7 %-Punkten zugunsten von Ostdeutschland wird in der Öffentlichkeit totgeschwiegen, weil sie nicht in das Klischee von den Lohnkosten Ost paßt.

Höher im Vergleich ist aber im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe der ganze Block-Anteil der *Nicht-Personalkosten*, und zwar wie folgt: Bei den Materialkosten um 10,9 %-Punkte, darunter bei den Energiekosten um 1,6 %-Punkte. Die Abschreibungen sind um 2,6 %-Punkte und die Fremdkapitalzinsen um 0,9 %-Punkte höher. (Zitiert bei: SÖSTRA-Studie "Zur gegenwärtigen Lage und Entwicklung der Industrie in Ostdeutschland", Oktober 1998, S. 45)

Da sich ostdeutsche Unternehmen ihren *überhöhten* Sachkostenanteilen kaum entziehen können, bildete sich ein zusätzlicher Druck auf die Höhe der Arbeitskosten aus, um insgesamt den Kostenanteil am Umsatz möglichst zu verringern. Bei günstigerer Konjunkturlage und Kapazitätsauslastung Ost wird sich dieser Druck auf die Arbeitskosten mildern, sobald die Roherträge durch die dann mögliche "Stückkostendegression" steigen.

## 3. Zu „Lohnstückkosten“ Ost

Für ein Klischee "überhöhter Arbeitskosten Ost" gibt es keine echte Argumentationsgrundlage, wenn man von der Neigung der Unternehmerseite absieht, damit den Weg des geringsten Widerstandes zu suchen. Auch die darin enthaltenen Lohnzusatzkostenanteile sind im Ost-/West-Vergleich nachweisbar niedriger.

Die gesamtwirtschaftlichen nominellen Lohnstückkosten Ost sind seit 1991 (=100 %) auf den Vergleichsstand von 77,4 % bis 1997 gesunken.

Die Lohnstückkosten betragen im Verarbeitenden Gewerbe Ost durchschnittlich noch 113,4 % des nominellen Weststandes nach der offiziellen Statistik. (DIW-Wochenbericht 15-16/99, S. 276) Es ist dies aber genau der Teilbereich, der die niedrigsten Erzeugerpreise im Vergleich zu Westdeutschland hat, so daß der noch bestehende Unterschied in der Produktivität genau dorthin meßtechnisch zustande kommt. Dabei ist zu beachten, daß *nominelle* Löhne im Zähler des Quotienten "Lohnstückkosten" einer Produktivitätsziffer im Nenner gegenüberstehen, die sich offiziell auf konstante Basispreise für das Bruttoinlandsprodukt bezieht. Da die Preisbasis 1991 gilt, dürften alle echt erarbeiteten Marktpreissteigerungen der Folgezeit konsequent ausgeklammert bleiben: schon deshalb steigt die Produktivität Ost basisbezogen immer viel langsamer als die Löhne.

Diese Umstand der statistischen Methodologie kann nur bereinigt werden, wenn man die nominellen Bruttoeinkommen im Zähler der "Lohnstückkosten" Ost durch den Index der Lebenshaltungskosten Ost korrigiert: Der ostdeutsche Index der Lebenshaltungskosten beträgt (gegenüber 1991 = 100) offiziell für 1997 134,4 %, während der westdeutsche sich nur auf 116,2 % an hob. (BMfA, Stat. Taschenbuch '98, Pkt. 6.10) Es drückt das reale Lohnstückkostenniveau Ost aus, wenn nun der Index der Lebenshaltungskosten korrigierend auf das gesamtwirtschaftlichen *nominellen* Lohnstückkostenniveau Ost angesetzt würde. Eine exakte Ausrechnung muß auf die Ursprungswerte zurückgehen. Der so bestimmte reale Lohnstückkostenniveau Ost für 1997 würde sich dann auf  $77,4 \% : 134,7 \% = 57,46 \%$  ergeben. Analog wäre für das westdeutsche Lohnstückkostenniveau 1997 zu verfahren.

Danach ergibt sich eine neue Ost-/West-Relation für das gesamte reale Lohnstückkostenniveau *kleiner* als jene 124,1 %, die das DIW als nominelle Kennzahl hierfür angibt. (DIW-Wochenbericht 15-16/99, S.276; DIW-Wochenbericht 39/98, S. 713)

#### 4. Ergebnis und Ausblick

Der tatsächlich erreichte Produktivitätsstand ist *nicht* das Haupthemmnis für weiteren Lohnanstieg im Verarbeitenden Gewerbe Ost, sondern es sind die überhöhten Sachkostenanteile und die zu niedrigen Marktpreise für Erzeuger, die hier die Rentabilitätsrate kaum über die Null-Grenze zuließen. Niedrigere Kapazitätsauslastung war bis zuletzt typisch für das Verarbeitende Gewerbe Ost.

Daraus folgt, daß die Lohnentwicklung zukünftig im Fortschritt weiterer zweiglicher Produktivität differenziert, aber positiv zu beurteilen sein sollte. Generelle oder durchgängige Lohnzurückhaltung Ost ist nicht indiziert. Schon deswegen nicht, weil die Gesamtproduktivität Ost zwangsläufig durch die offizielle Statistik zu niedrig erscheinen muß.

Will man die absehbare Produktivitätsentwicklung in den Zweigen des Produzierenden Gewerbes konkreter abschätzen, dann sind neben den zu erwartenden Änderungen in der Anlagenerneuerung bzw. in der Kapitalintensität auch die Reduzierungen des Personals zu berücksichtigen. Beide Tendenzen sind gesondert zu erörtern, wirken sich dann aber im Index der Produktivität summarisch aus. Hinzu kommen die Komponenten Kapazitätsauslastung bzw. Markterweiterung, die den Produktionszuwachs reflektieren bzw. limitieren. Zu diesen vorstehenden Faktoren der Produktivitätsentwicklung sind *perspektivische* Sichtweisen auf die Zweige und Branchen geboten, die weiterhin Forschungsaufgabe bleiben.

Es ist jedoch zu erwarten, daß die noch existierenden Lohn-Produktivitäts-Lücken sich in diesem Bereich "Produzierendes Gewerbe Ost" rasch weiter verringern, die ausschließlich noch das Verarbeitende Gewerbe und seine Branchen direkt betreffen. "Zudem bringt der relativ geringe Beschäftigtenanteil der einzelnen Wirtschaftszweige mit sich, daß Investitionen in neue Produktionsanlagen einzelner Betriebe die Produktivitätslücke des ganzen Zweiges erheblich verringern können." (IWH, Sonderheft 2/98, S. 51)

Sobald alle *wirklichen* "Lücken" geschlossen sind, ist eine differenzierte Lohnsteigerung geboten, die sich an die weitere Produktivitätsentwicklung Ost angleichen sollte. *Vorher* aber ist keine Stagnation, sondern ein nur relative maßvolles Zurückbleiben der realen Bruttolöhne gegenüber der rascheren Steigerung der Produktivität in den hierin bisher noch zurückliegenden Branchen sinnvoll. Dadurch wird einerseits die noch notwendige Normalisierung der Gewinnrate gefördert, andererseits bezüglich der Massenkaukraft ein Zuwachs ermöglicht. Schließlich wird

damit der Druck auf weitere Personaleinsparungen deutlich vermindert, der bei negativer Rentabilität noch existiert.

Die "Verteufelung" jeder weiteren Lohnerhöhung Ost dürfte schlagartig sinken, wenn die preisüberhöhten Sachkostenelemente sich marktgerecht normalisieren würden. Mit der Einschränkung der *Sonderabschreibungen* Ost ist bereits ein Schritt zum vergleichbaren Sachkostensatz Ost/West vollzogen, der auch die Bruttogewinne erhöht.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik Ost sollte flexibel die wirkliche Produktivitäts- und Rentabilitätslage der Branchen und Zweige im Produzierenden Gewerbe erfassen, sich aber keineswegs darauf einstellen, erst "in weiterer Ferne" (DIW) ihr Angleichungsziel zu erreichen. Dies wäre infolge der oben aufgezeigten methodologischen Mängel der Lohnstückkosten- und Produktivitätsermittlungen abwegig.

Die weitere Anpassung der Lohneinkommen im Produzierenden Gewerbe Ost bietet auch lohnpolitischen Entscheidungsargumente für eine völlige Angleichung in den übrigen Wirtschaftszweigen. Schließlich besteht auch ein Rückkopplungseffekt zu den nettolohndynamisierten Sozialleistungen, der besonders in Ostdeutschland einen großen Bevölkerungsanteil betrifft. Die weitere *Anhebung dieser Masseneinkommen* ist letztlich auch ein Weg, die Marktengpass für die regionalen Anbieter aufzuweiten und damit die inneren Quellen für gewerbliche Gewinne und deren investive Verwendung zu steigern.